

Arbeitsgemeinschaft AIDS-Prävention NRW

Informationen zur 7. Sitzung der Arbeitsgemeinschaft AIDS-Prävention NRW (Endfassung vom 23. Juli 2013)

18. Juni 2013, 10.00 -14.00 Uhr

Ministerium für Gesundheit, Emanzipation,
Pflege und Alter NRW
Düsseldorf

Tagesordnungspunkte

Begrüßung
Protokoll der Sitzung vom 26. Februar 2013
Landesweite Datenerhebung
Förderung von Gütesiegel-Projekten in Nordrhein-Westfalen
Runder Tisch Prostitution: Sachstand und Perspektiven
Nachschlagewerk der Deutschen STI-Gesellschaft: STI/STD: Beratung, Diagnostik und Therapie
Homepage der Arbeitsgemeinschaft AIDS-Prävention NRW
Aktuelles

Teilnehmende

Katharina Benner, DER PARITÄTISCHE NRW
Christa Bietau, Stadt Essen – Gesundheitsamt
Dr. Hans-Joachim Boschek, Ennepe-Ruhr-Kreis - Gesundheitsamt
Monika Brosda, Stadt Münster - Gesundheitsamt
Holger Erb, profamilia Landesverband NRW e.V.
Beate Guse, Kreis Viersen - Gesundheitsamt
Ulrich Ippendorf, AWO Kreisverband Wuppertal
Patrik Mass, Aidshilfe NRWe.V. Harald Naujoks, MGEPA NRW
Heidrun Nitschke, Stadt Köln - Gesundheitsamt
Rainer Philippsen, MGEPA NRW (Referent)
Elke Slawski-Haun, MGEPA NRW
Michael Wurm, Aidshilfe NRW e.V.
Beate Jagla, Geschäftsstelle der AG AIDS-Prävention NRW

TOP 1 Begrüßung

Frau Slawski-Haun begrüßt die Anwesenden.

Sie berichtet, dass die Printversion des Konzeptes zur Weiterentwicklung der HIV/AIDS-Prävention in NRW nun vorliege und unter

<https://broschueren.nordrheinwestfalendirekt.de/broschuerenservice/mgepa/weiterentwicklung-der-hiv-aids-praevention-in-nordrhein-westfalen/1203> bestellt werden kann.

Außerdem weist sie auf die neue Ausstellung "GROßE FREIHEIT - liebe.lust.leben." der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) hin. Die Ausstellung informiert zu HIV und anderen sexuell übertragbaren Infektionen und wird vom 4. bis 9. November 2013 in Köln zu sehen sein.

Abschließend gibt sie bekannt, dass die heutige Sitzung die letzte unter ihrem Vorsitz sei. Ende Juli werde sie in Ruhestand gehen. Die nächste Sitzung leite Dr. Julius Siebertz, Leiter der Gruppe „Prävention und Versorgung“ des Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter NRW.

TOP 2 Protokoll der Sitzung vom 26. Februar 2013

Das Protokoll der Sitzung vom 26. Februar 2013 (intern) wird ohne Änderungen beschlossen.

Die Informationen zur Sitzung vom 26. Februar 2013 (extern) werden ohne Änderungen beschlossen.

TOP 3 Landesweite Datenerhebung: Auswertung der Veranstaltungen, Anpassungsbedarf, weiterer Zeitplan

Die drei Veranstaltungen zur Einführung der landesweiten Datenerhebung in Düsseldorf und Essen haben stattgefunden.

Der Veranstaltungsvortrag zur landesweiten Datenerhebung, der Einblick in die Erhebung sowie die Fragen und Antworten aus den Veranstaltungen sind unter http://www.aids-nrw.de/front_content.php?idcatart=4657&client=48&lang=51 dokumentiert.

Beate Jagla stellt auf der Sitzung die Auswertung der Veranstaltungen (u.a. Teilnahme, Anregungen von geringerem Umfang usw.) und die umfangreicheren Verbesserungsvorschläge zu den Themen

- Übernahme von Maßnahme-Bündeln ins neue Berichtsjahr
- Priorisierung der „Eigenschaften“ einer Maßnahme zur einfacheren Bündelung
- Anteil der Kontakte mit Menschen mit Migrationshintergrund an den Kontakten pro Maßnahme
- Inhalte der Maßnahmen (Erweiterung um strukturelle Themen)
- Maßnahme Beratung (Dokumentation von Kontakten und Personen)

und das dazugehörige Votum der Arbeitsgruppe Datenerhebung vor.

Die Arbeitsgemeinschaft beschließt:

- Maßnahmenbündel werden nicht ins neue Berichtsjahr übernommen.
- Bei der Bündelung von Maßnahmen müssen die Eigenschaften „Primäre Zielgruppe“, „regionaler Bezug“ und „Inhalt“ für alle gebündelten Maßnahmen zutreffen. Bei den weiteren Eigenschaften kann das gesamte Maßnahmenbündel der Eigenschaftsausprägung zugeschlagen werden, die für die Mehrheit der gebündelten Maßnahmen zutrifft.
- Zusätzlich zu der Angabe der primären Zielgruppe wird ein Feld ergänzt, das den geschätzten Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund definiert.

Da die Definition von Migrationshintergrund bekanntermaßen schwierig ist, wird als Orientierung für die Dateneingebenden die Definition des statistischen Bundesamtes benannt („Zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund zählen alle, die nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zugezogen sind, alle in Deutschland geborenen Ausländer/-innen und alle in Deutsch-

land mit deutscher Staatsangehörigkeit Geborene mit zumindest einem zugezogenen oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil.“ | www.destatis.de)

- Die Beschreibung des Inhaltes von Maßnahmen wird erweitert. Ergänzt werden die Inhalte „Sexualpädagogik“ und „Verhältnisprävention“, versehen mit Definitionen. Sowohl Sexualpädagogik als auch Verhältnisprävention können ausschließlich in Verknüpfung mit der Angabe HIV und/oder STI als Inhalt der Maßnahme beschrieben werden.
- An geeigneter Stelle wird die Möglichkeit ergänzt, die geschätzte Anzahl der Personen, die mit der Maßnahme Beratung erreicht wurden, anzugeben.

TOP 4 Förderung von Gütesiegel-Projekten in Nordrhein-Westfalen

Die Arbeitsgemeinschaft hat auf der Sitzung am 26. Februar 2013 festgehalten, dass sie den Transfer der Erfahrungen aus Essen in geeignete Regionen befördern und die Akteurinnen und Akteure der dort aktiven Beratungs- und Testprojekte zur Entwicklung von Gütesiegeln motivieren will.

Zwei Regionen in Nordrhein-Westfalen verfügen über entsprechende Strukturen und interessieren sich für einen Erfahrungstransfer.

Die Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft wird beauftragt, einen Erfahrungsaustausch zwischen den Akteuren aus Essen und den Akteuren der Freien Trägerschaft und des Öffentlichen Gesundheitsdienstes der interessierten Regionen zu organisieren.

Nach Ablauf des Erfahrungsaustausches wird der Arbeitsgemeinschaft über die Ergebnisse Bericht erstattet.

TOP 5 Runder Tisch Prostitution: Sachstand und Perspektiven

Die Arbeitsgemeinschaft AIDS-Prävention NRW betont in den „Empfehlungen zur HIV-Prävention auf dem Hintergrund der Entwicklung der Syphilis in Nordrhein-Westfalen“ die Notwendigkeit der Intensivierung der Prävention und Diagnostik unter anderem für die Zielgruppe "Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter".

Für die Umsetzung der Empfehlungen will die Arbeitsgemeinschaft AIDS-Prävention NRW Erfahrungen und Analysen aus dem Bereich Sexarbeit einbeziehen und Möglichkeiten der Kooperation eruieren. Ein Anknüpfungspunkt auf Landesebene ist der Runde Tisch Prostitution.

Rainer Philippsen, Referat Arbeitsmarktpolitik im MGEPA NRW, berichtet dankenswerterweise zu den bisherigen Diskussionen des Runden Tisches:

Zum 1. Januar 2002 trat das "Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Prostituierten" (Prostitutionsgesetz - ProstG) in Kraft. Ziel war es vor allem, die rechtliche und soziale Situation der Prostituierten durch die Anerkennung von Prostitution als Arbeit zu verbessern. Anfang 2007 machte die im Auftrag der Bundesregierung durchgeführte Evaluation des Gesetzes allerdings deutlich, dass das Prostitutionsgesetz seine Ziele nur zu einem sehr begrenzten Teil erreicht hat.

Um die Umsetzung des Prostitutionsgesetzes des Bundes in Nordrhein-Westfalen voranzubringen, wurde im Koalitionsvertrag 2010 die Einrichtung eines Runden Tisches vereinbart, der ein Handlungskonzept für notwendige landesrechtliche Anpassungen erarbeiten soll.

Mitglieder des Runden Tisches Prostitution sind

- Die für die berührten Gebiete fachlich jeweils zuständigen Landesressorts (Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter | Justizministerium | Finanzministerium | Ministerium für Inneres und Kommunales | Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales | Ministerium für Wirt-

schaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr | Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport)

- Kommunale Spitzenverbände
- Stadt Dortmund
- Beratungsstellen für Prostituierte bzw. Opfer von Menschenhandel
- LAG Recht/Prostitution
- LAG kommunaler Frauenbüros/Gleichstellungsstellen
- Prostituierte

Vorsitzende des Runden Tisches ist die Leiterin der Emanzipationsabteilung des MGEPA. Weitere Personen, wie Sachverständige, Bordellbetreiberinnen und -betreiber, werden themenbezogen dazu geladen. Seit Januar 2011 fanden zwölf Sitzungen statt.

Der Leitgedanke des Runden Tisches ist, das Selbstbestimmungsrecht von Sexarbeiterinnen und Sexarbeitern zu stärken und ihren Schutz zu verbessern. Die Mitglieder bewerten Prostitution/Sexarbeit sehr unterschiedlich; der Runde Tisch hat sich aber auf einen fairen Umgang miteinander, der von Respekt vor der jeweils anderen Position getragen wird, verständigt.

Das zusammengetragene Wissen und die Ergebnisse der Diskussionen sollen in Empfehlungen für notwendige Weiterentwicklungen der politischen Strategien, der rechtlichen Grundlagen und der praktischen Arbeit münden.

Schwerpunkthemen waren bisher u.a.

- Zahlen, Fakten, Definitionen und Abgrenzungen
- Umgang der Kommunen mit dem Thema Prostitution
- Erfahrungen aus anderen Ländern: Schweden und Niederlande
- Verschiedene Sparten: Straßenprostitution, Bordelle und bordellartige Betriebe
- Gesundheit
- Männer und Transsexuelle in der Prostitution
- Kunden/Freier
- Strafrecht/Polizeirecht
- Internet

Festgestellt werden kann bereits jetzt:

- Es muss genau definiert werden, was unter Prostitution zu verstehen ist. Eine Vermischung mit Menschenhandel oder Zwangsprostitution darf beispielsweise nicht erfolgen.
- Eine wichtige Aufgabe des Runden Tisches ist die Differenzierung der Sichtweise auf das Phänomen der Prostitution.
- Das Themenfeld Prostitution wird von vielen anderen komplexen Entwicklungen (z.B. Drogenkonsum, Armutswanderungen) beeinflusst. Verbesserungen der rechtlichen Regelungen rund um die Prostitution werden an diesen Einflussfaktoren nichts ändern.
- Um Erkenntnisse des Runden Tisches modellhaft inklusive wissenschaftlicher Begleitung erproben zu können, ist eine enge Zusammenarbeit mit den Kommunen wichtig, da dort die Praxis gestaltet wird.
- Es muss eine Strategie entwickelt werden, wie das am Runden Tisch zusammengetragene Wissen und die entwickelten Empfehlungen an die Gesellschaft und an die Orte der praktischen Umsetzung herangetragen werden können. Presse und andere Medien scheinen aktuell nicht der richtige Ort zu sein, eine differenzierte Diskussion zu führen.

In der anschließenden Diskussion werden folgende Einschätzungen zusammengetragen:

Frauen und Männer, die in der Sexarbeit tätig sind, sind zum Teil auch Zielgruppe der HIV-Prävention. Es existieren darüber hinaus Überschneidungen in den Feldern Migration und Drogenkonsum.

Die Arbeitsgemeinschaft würde es begrüßen, wenn das vielfältige Material, das der Runde Tisch gesammelt und ausgewertet hat, auch zugänglich gemacht werden könnte.

Aus der Erfahrung der Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft fehlt es in vielen Regionen an

- Strukturen der Zusammenarbeit aller Akteure in den Kommunen
- dem Runden Tisch ähnlichen Strukturen der Faktensammlung, der Diskussion sowie der Entwicklung von Zielen und Perspektiven auf kommunaler Ebene
- fachlicher Unterstützung der Kommunen
- Beratungsstrukturen für Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter

Die Arbeitsgemeinschaft bietet an, den Transport der Ergebnisse des Runden Tisches zu unterstützen.

TOP 6 Nachschlagewerk der Deutschen STI-Gesellschaft: STI/STD: Beratung, Diagnostik und Therapie

Die Deutsche STI-Gesellschaft (DSTIG) hat im März 2013 das Nachschlagewerk „STI/STD: Beratung, Diagnostik und Therapie“ veröffentlicht. Das Nachschlagewerk wendet sich an alle mit der Beratung zu sexuell übertragbaren Infektionen inklusive HIV befassten Personen. Der Ratgeber bezieht sich auf die Felder Beratung, Diagnostik, Therapie und Impfprophylaxe.

Für die Prävention ist unter anderem interessant, dass hinsichtlich der Beratung und den diagnostischen Empfehlungen unterschieden wird zwischen

- Risiken in konkreten Situationen bzw. Konstellationen (z.B. Frauen und Männer mit häufig wechselnden heterosexuellen Kontakten)
- Risiken unter epidemiologischer Sicht (z.B. Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter sowie Männer, die Sex mit Männern haben)

Am Ende des Ratgebers verweist die Sektion Sexuelle Gesundheit der DSTIG auf eine Reihe von Aufgaben, deren Bearbeitung als besonders wichtig angesehen wird, z.B.:

- Gewährleistung eines breiten und niederschweligen kostenfreien Angebotes zu Beratung, Untersuchung und Behandlung von STI
- Enge Kooperation von Öffentlichem Gesundheitsdienst, Ärztinnen und Ärzte in Praxen und Kliniken und den Nichtregierungsorganisationen
- Sensibilisierung der Ärztinnen und Ärzte für die Themen Beratung, Diagnostik und Therapie von STI/HIV sowie sexuelle Gesundheit

Heidrun Nitschke, Vorstandsmitglied der Deutschen STI-Gesellschaft, berichtet von der Entstehung und der geplanten Weiterentwicklung des Nachschlagewerks (siehe Anlage).

Das Nachschlagewerk soll unter anderem die Qualifizierung der Ärztinnen und Ärzte vorantreiben. Die Veröffentlichung des Nachschlagewerks wird in NRW durch zusätzliche Fortbildungen flankiert:

- 26. Juli 2013, Bochum: STI-Fortbildung zu sexuell übertragbaren Infektionen (STI) mit Praxiskurs Proktologie & Praxiskurs STI-Diagnostik, zertifiziert durch die Deutsche STI-Gesellschaft zur Förderung der sexuellen Gesundheit
- 8.-9. November 2013, Köln: DSTIG Special: Forschung zur Sexarbeit & STI-Forschung

Mehr unter <http://dstig.de/kongresse.html>

In der anschließenden Diskussion werden folgende Einschätzungen zusammengetragen:

Manchen erscheint die gewählte Sprache des Nachschlagewerkes für Personen ohne ärztliche Ausbildung eher schwer verständlich. Erläuterungen zu den Bedürfnissen der Patientinnen und Patienten könnten ausführlicher dargestellt sein.

Nichtsdestotrotz ist das Nachschlagewerk ein wichtiger fachlicher Baustein für die Verbesserung der Versorgung im Bereich STI. Unter anderem schafft es eine fachliche Grundlage für regelmäßige STI-Untersuchungen von Menschen mit einem besonderen epidemiologischen Risiko – auch unabhängig von vorliegender Symptomatik.

Um die Finanzierung regelmäßiger anonymer als auch nicht-anonymer STI-Untersuchungsangebote für Menschen mit einem besonderen epidemiologischen Risiko durch die Krankenkassen zu erreichen, bedarf es intensiver Aktivitäten aller Akteure.

TOP 7 Homepage der Arbeitsgemeinschaft AIDS-Prävention NRW

Auf nächste Sitzung vertagt.

TOP 8 Aktuelles

Die nächste Sitzung der Arbeitsgemeinschaft AIDS-Prävention NRW findet statt am:
Dienstag, den 22. Oktober 2013,
10.00 – 14.00 Uhr,
Düsseldorf, Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter NRW

Am Ende der Sitzung dankt Frau Benner im Namen der Arbeitsgemeinschaft AIDS-Prävention NRW Frau Slawski-Haun für ihr intensives Engagement für die HIV/AIDS-Prävention von Beginn der AIDS-Krise 1987 bis Anfang/Mitte der Neunziger Jahr und von 2009 bis zum heutigen Tag und wünscht ihr für den neuen Lebensabschnitt alles Gute.

Für das Protokoll
20. Juni 2013

Beate Jagla